

Bezugspreis:
Für den Monat Juli 20 000 M.
monatlich. Unter Kreuzband
für Deutschland, Dänzig, Genua- und
Wiengebiet sowie Österreich und
Burgund 28 000 M., für das übrige
Ausland 40 000 M. Postbezugspreis
freibleibend. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Island, Finnland, Frank-
reich, Holland, Dänemark, Bulgarien,
Österreich, Schweden, Schweiz,
Schlesien, Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigen-
zeile kostet 12 000 M. Anzeigenzeit
40 000 M. „Reine Anzeigen“ des
festgedruckten Wortes 5 000 M. (un-
läßig zwei festgedruckte Worte),
jedem weiteren Wort 2 200 M.
Stellungsfrage das erste Wort
2 500 M., jedes weitere Wort
1 500 M. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Familienanzeigen für Abonnenten
Zelle 3 000 M.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Druckgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Öffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 29. Juli 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kontokonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion
der Diskontogesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 2

Späte Entschlüsse der Reichsregierung.

Ein Aufruf an das Volk. — Die Stellung der Parteien.

Reichspräsident und Reichsregierung haben folgende Kundgebung erlassen:

Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und an der Ruhr ausgegesetzt sind, gefüllt sich dort, wie im nichtbesetzten Deutschland steigende Wirtschaftskrisen.

Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschafts- und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert; so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung der Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung. Dazu kommen eben jetzt, am Ende des Erntejahres, natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung, die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen. Alle diese Kräfte führen zu schweren körperlichen, schweren seelischen

Leiden der Bevölkerung

Zwar kann auch nach dem Zeugnis unbefangener Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Blaublätterstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, die dieses Ziel zu erreichen helfen. Zunächst gilt es,

die Finanzen des Reiches zu stärken, um der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun.

Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt worden, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetgebenden Körperschaften zugehenden Bescheidentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Börsenumsatzsteuer ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den Verbrauchsteuern sollen zur Erzielung ihres raschesten Einganges die erst jüngst vom Reichstag verkürzten Fälligkeitstermine auf das geringstmögliche Maß gemindert werden. Dem Reichsrat ist bereits ein Bescheidentwurf zugegangen, der als Opfer für Rhein und Ruhr auf breiter Grundlage von allen Leistungsfähigen im besetzten Deutschland durch Beseitigung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuerverauszahlungen große Anforderungen anfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reich rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen. Die Ausgabe einer wertbefähigenden Anleihe

soll breitesten Volksschichten die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenwirken. Die auf dem Gebiete des Devisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfang als bisher dem Reich zufließen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird rasch Möglichkeit gehemmt werden. Die

Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung

ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossenen, die grundsätzlich die Frage des Geldkredits der Lösung näher bringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten 2 Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich fühlbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, soweit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch eine Entspannung der Wirtschaftslage eintreten.

Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit halt und Stütze geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Not in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung behaupten, die es sich selbst in der Zeit schwerster Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht

die Sicherung der Ernährung.

Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum

staatsbürgerliche Pflicht, so schnell als möglich und in weitestem Umfang die Ernteerträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Bestimmung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kümernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage des künftigen Aufstiegs unseres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das Ihre zu tun, um unser Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeiten unserer Lage wie im Entschlusse des Aushaltens. Dienst am Vaterlande ist die beste Gewähr für das Wohl des Einzelnen.

Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen, für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.

Der Reichskanzler. gez. Cuno.

Die Reichsminister: v. Rosenbergl. Dezer. Hertmes. Becker. Brauns. Heinze. Gehler. Slangl. Groener. Lathen. Albert.

Das Kabinett, das diese Kundgebung erlassen hat, ist zu dieser Stunde noch die verfassungsmäßige Regierung der deutschen Republik. Das Recht, sich mit einem Appell an das Volk zu wenden, kann ihr nicht bestritten werden. Der Reichspräsident hat dieses Recht auch anerkannt, indem er unter ihrem Aufruf seinen Namen setzte.

Sachlich ist jedoch zu sagen, daß dieser Aufruf, der ein Programm enthält, reichlich spät kommt. Das Vertrauen zur Regierung ist tief erschüttert nicht nur in den ihr von Anfang an fernstehenden sozialdemokratischen Kreisen, sondern auch, wie wir seit gestern wissen, in den Parteien, auf die sie sich stützt. Das führende Zentrumsblatt, die „Germania“, hat in aller Deutlichkeit Angriffe von außerordentlicher Schärfe gegen sie geschleudert, und diese Angriffe haben in der Presse viel Zustimmung, nirgends aber überzeugte Zurückweisung oder gar sachliche Widerlegung gefunden. Die Frage, ob es dem Kabinett Cuno unter solchen Umständen überhaupt noch gelingen kann, seine wankende Stellung neu zu befestigen, wird allgemein erörtert.

Die Führer der Arbeitsgemeinschaft der Mitte hielten gestern nachmittags eine Besprechung. Was sie über sie veröffentlichen wollen, steht natürlich bei ihnen, wir haben aber Grund zur Vermutung, daß der Artikel der „Germania“ dort eben keinen Freudensturm erregt hat. Man ist von dem Wunsche beherrscht, das Ruhende nicht zu bewegen und empfindet aus außen- und innenpolitischen Gründen vor einer Regierungskrise Grauen. Trotzdem bleibt die Frage, ob eine Reichsregierung von einem kaum noch ausbringbaren rein fiktiven Vertrauen ihr Dasein fristen kann, bestehen.

Sachlich hat der Regierungsauftritt recht, wenn er als letzte entscheidende Ursache unserer schweren Wirtschaftskrisis die ungelöste Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung hinstellt. Zweifellos zielen in Frankreich starke Kräfte darauf hin, Deutschland durch die Zerrüttung seiner Wirtschaft und das Elend seiner Bevölkerung zur Kapitulation zu zwingen. Aber hat die Reichsregierung alles getan, um dieses Bestreben nach Kräften zu durchkreuzen, und hat sie es rechtzeitig getan? Darauf gibt der Regierungsauftritt selbst die Antwort, indem er im siebenten Monat der Ruhrbesetzung ein Finanzprogramm entwickelt, das mindestens schon in den ersten Tagen der Besetzung fertig hätte dastehen müssen.

Auf finanz- und währungspolitischen Gebiet läßt der Aufruf die notwendige und von der Sozialdemokratie oft geforderte Energie bei der Sanierung der Reichsfinanzen, bei der Umstellung der Kreditpolitik der Reichsbank auf Goldgrundlage und in der Devisenpolitik vermissen. Bergblickt man nach Bestrebungen zur Schaffung eines Devisenfonds für die Markstützung, wie ihn die Sozialdemokratie gefordert hat. Die Finanzmaßnahmen, im Prinzip gut gemeint, sind sogar in vielfacher Beziehung als durchaus unzulänglich zu bezeichnen. Die Goldanleihe ist selbst nach bürgerlichem Urteil derart angefaßt, daß, wie das „Berliner Tageblatt“ meint, „man zu glauben veranlaßt ist, ihre Urheber wollten den Gedanken der Goldanleihe sabotieren statt ihn tatsächlich für die Wirtschaft fruchtbar zu machen“. Die Finanzmaßnahmen, die, um wirksam zu sein, sofort große Reichseinnahmen schaffen müßten, bringen, wenn sie über-

haupt Erfolg haben sollen, allenfalls in mehreren Monaten Erleichterungen für den Reichshaushalt!

Wenn auch sorgfältig der Schein erweckt wird, als ob die in der Form ähnlich klingenden Zusagen der Regierung sich mit den Forderungen der Sozialdemokratie decken, so läßt sich das bei näherem Zusehen nicht mehr feststellen. Auf Einzelheiten kommen wir zurück.

Hätte die Regierung rechtzeitig das Notwendige getan, und wären die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend, so würde auch der Ruf nach Besonnenheit, den sie erhebt, stärker wirken. Er bleibt aber angebracht, gleichviel aus welchem Munde er kommt. Jede Nachfolgerin der gegenwärtigen Regierung würde ihn ebenso erheben müssen. Das Volk hat diesen Reichstag gewählt, der der Regierung Cuno bisher das Leben gelassen hat. Das Volk hat das Recht, laut seine Stimme zu erheben und den Parteien zu sagen, was es von ihnen erwartet. Aber es muß vor Handlungen gewarnt werden, mit denen es nicht der Regierung Cuno, sondern nur sich selber wehe tun würde.

Daß der Aufruf der gegenwärtigen Regierung auf die Massen der sozialdemokratischen Partei eine besonders starke Wirkung ausüben werde, kann man bei der Stimmung, die in ihnen herrscht, kaum erwarten. Für sie ist aber auch die Mahnung am allerwenigsten notwendig, da sie auch ohne sie Besonnenheit und Disziplin zu wahren wissen werden.

Bekämpfung der Reichsfinanznot.

Wie sehr die Devisennot und damit die künstlich herbeigeführte Warenknappheit durch die falsche Steuerpolitik bisher gefördert wurde, geht daraus hervor, daß in der Dekade vom 11. bis 20. Juli das Reich insgesamt 11,9 Billionen Schulden machen mußte, so daß die schwebenden Schulden insgesamt am 20. Juli sich auf rund 40 Billionen Papiermark beziffern. Den 12 Billionen neuen Schulden stand nur etwa eine halbe Billion an Einnahmen gegenüber, also wieder etwa 4 Proz. der gesamten ungedeckten Ausgaben. So kann es nicht weitergehen. Hier muß umgehend eingegriffen werden. Die Notwendigkeit eines solchen Eingreifens hat die Reichsregierung in ihrem Aufruf anerkannt. Es bleibt die Frage, ob es genügt, wenn man die Beschlüsse des Reichstages abwartet oder ob es nicht zweckmäßiger ist, Maßnahmen, welche sich aus der Not des ganzen Volkes mit unerbitlichem Zwang ergeben, sofort zu treffen, auch wenn es sich nur um Ubergangsmaßnahmen handelt, die durch die Beschlüsse des Parlaments ergänzt und auf eine breite Basis gestellt werden können.

Fraglos ist kein Tag zu verlieren, um die Schaffung geregelter Verhältnisse im Finanzwesen vorzubereiten. Die von der Regierung vorgesehenen Schritte sind erste Versuche, aber ihr Erfolg reißt noch nicht in den nächsten Tagen. Nachdem die Geldentwertung so rapide fortgeschritten ist, müßte sofort für eine Reihe von Steuern eine Anpassung an die Geldentwertung vorgenommen werden. Man könnte den mehrfachen Betrag der Zwangsanleihe sofort eintreiben, man könnte Vorauszahlungen auf Einkommensteuern und auf die Körperschaftsteuer in einem der Geldentwertung der letzten Zeit angepaßten Verhältnis erheben, und man könnte vor allem auch verlangen, die Umsatzsteuer, die jetzt fällig wird, aber bereits seit Anfang April in den Händen der steuerpflichtigen Gewerbetreibenden ist, in einem erhöhten Satz anzufordern, zumal alle betroffenen Kreise ihre Ausgaben in der Zwischenzeit den gewaltig gestiegenen Preisen anpassen und gleichzeitig auch ihre Einnahmen erhöhen mußten. Alles sollte aber aufgeboten werden, um so bald als irgend möglich die Goldanleihe auch wirklich aufzulegen und sie mindestens mit den notwendigen Sicherheiten zu versehen, um ihren Erfolg zu verbürgen. Alle diese Maßnahmen wären wohl geeignet, schon in den allernächsten Tagen eine gewisse Erleichterung der Reichsfinanzen und damit auch eine Berlangsamung der hemmungslos rasenden Notendrucke herbeizuführen.

Wie gesagt, sind das nur Ubergangsmaßnahmen, die vom Parlament ergänzt und durch Anordnungen auf lange Sicht wirksam ausgestaltet werden müssen. Vorläufig aber scheint es uns unumgänglich notwendig, weitere Auswirkungen der Inflation auf den Devisenmarkt und damit auch auf die Lebensmittelversorgung zu bekämpfen. Das geht nur, wenn man mit größter Beschleunigung dem Reich neue Einnahmen schafft. Die Regierung hat Gelegenheit genug, die Zustimmung der Parteien für Notmaßnahmen dieser Art einzuholen. Jedenfalls muß gehandelt werden. Das gilt insbesondere auch bei der Bekämpfung des Steuerbetrugs. Noch jetzt verdienen, wie das Beispiel der Umsatz-

Feuer zeigt, weite Kreise an der Geldentwertung in einem Maße, zu dem die Verzugszinsen des Reiches bei verspäteter Steuerzahlung in gar keinem Verhältnis stehen. Man sollte den Zinsfuß für Zahlungsspätungen radikal, vielleicht auf 200 Proz. monatlich, heraufsetzen, so daß auch den säumigen Steuerzahlern die Luft vergeht, mit den vom Reich gestundeten Beträgen an der Geldentwertung zu verdienen. Selbstverständlich müßte auch die Kreditgewährung der Reichsbank derart eingestellt werden, daß Geldentwertungsgewinne ganz ausgeschaltet oder wenigstens sehr erschwert werden.

Es sollte sich ein Weg finden, derartige Maßnahmen auf dem Verordnungswege zu treffen, um die weitere Verlesung des Volkes hinauszuhalten. Gerade wenn man mit der Regierung der Ueberzeugung ist, daß der Kampf gegen das Währungsseil mit aller Energie und mit größter Beschleunigung aufgenommen werden muß, darf man nicht warten bis zu einem Zeitpunkt, wo bei der täglich wachsenden Not die Hilfe vielleicht schon zu spät ist.

Cuno — und dann?

Stimmen aus dem Zentrum und der Volkspartei.

Die Frage, wie weit und wie einflußreich die Zentrumskreise sind, die hinter dem Rot-Artikel der „Germania“ stehen, ist für die weitere Entwicklung der Dinge von großer Bedeutung. Als symptomatisch kann es betrachtet werden, daß der „Deutsche“, das Organ Stegerwalds, erklärt, man könne und müsse alle Ausführungen der „Germania“ unterschreiben. Die „Märkische Volkszeitung“ druckt den Artikel ab und nennt bei dieser Gelegenheit die „Germania“ das führende Zentrumsblatt, das sie auch zweifellos ist. Dagegen spricht die volksparteiliche „Zeit“ von einem „falschen Alarm“ und erklärt, sie habe Grund, den Artikel der „Germania“ nicht für parteioffiziös zu halten. Weiter sagt sie:

Er geht wahrscheinlich auf bestimmte Kreise und Personen des Zentrums zurück, die besonders den Anlaß zur Opposition suchen. Das Zentrum als Gesamtpartei kann man mit diesem Artikel jedenfalls nicht identifizieren. Man wird vielmehr nach unseren parlamentarischen Erkundigungen annehmen können, daß die maßgebenden Kreise der Zentrumsfraktion den Alarmartikel der „Germania“ gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht billigen, da er die Stimmung nur unnötig erregt.

Die „Germania“ setzt indessen ihren Feldzug fort, indem sie den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung fordert. Sie sagt zu den Ausführungen, mit denen wir ihren Rot-Artikel begleiteten, folgendes:

Es ist ein billiges Vergnügen, anderen Leuten vorzurechnen, daß sie aus negativer Kritik positive Folgerungen zu ziehen hätten. Gilt diese Wahrheit nicht auch für die Sozialdemokratie? Wer erkennt, daß es mit dem heutigen Kurse nicht weitergehen kann, hat die Pflicht zu positivem Handeln und kann sich hinterher mit der wohlfeilen Redensart, er habe es ja immer gesagt, nicht herausreden. Man wird an die Sozialdemokratie die Frage richten müssen, was sie getan, nicht was sie gesagt hat. Wenn die Sozialdemokratie also erkennt, daß es so nicht weitergehen kann, so hat sie genau dieselben Pflichten, die sie aus unserer Kritik ableitet, nämlich dafür zu sorgen, daß eine „starke, aktionsfähige, auf ehrliches Vertrauen breiter Volksmassen gestützte Regierung“ gebildet wird. Die Sozialdemokratie kann wirklich nicht behaupten, daß das Zentrum diesem Bestreben im Wege stehe. Nicht erst seit gestern, seit Jahren, besonders aber vor und nach dem 14. November 1922 ist das Zentrum bemüht gewesen, eine solche Regierung zustande zu bringen. Das kann aber bei unseren parlamentarischen Verhältnissen nur durch eine Regierung der großen Koalition, also eine Vereinigung von Stresemann bis Breitscheid, geschehen. Eine solche Regierungskoalition, wie sie zur Zufriedenheit in Preußen besteht, hätte die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich, bestände im Reichstag eine feste parlamentarische Basis und könnte mit starker Hand die Dinge zum Besseren wenden. Daß wir heute diese Regierung nicht haben, daran

ist die Sozialdemokratie nicht unschuldig, die durch ihre ungeschickte Taktik im November vorigen Jahres die Regierung Cuno überhaupt erst ermöglichte. Die Sozialdemokratie hätte es in der Hand, aus dem Kabinett Cuno die starke, aktionsfähige Regierung zu machen, die der „Vorwärts“ verlangt. Sie hätte dann allerdings die Pflicht, nicht kritisierend abseits zu stehen. Unsere gestrigen Ausführungen hatten den Zweck, auf die Notwendigkeit einer starken, sich ihrer Verantwortung bewußten, zum Führen entschlossenen Regierung hinzuweisen. Die heutige Regierung hat das Vertrauen der breiten Massen nicht mehr. Das mit aller Klarheit zum Ausdruck zu bringen, erscheint uns notwendig. Wir haben die Stimmung so geschildert, wie sie im Volke überall zum Ausdruck kommt. Die Folgerungen daraus zu ziehen, ist Sache der Regierung und der Parteien. Es wäre verhängnisvoll, über diese verzeifelte Stimmung einfach hinwegzugehen oder zu glauben, sie durch Redensarten beruhigen zu können. Wir wiederholen, was gestern hier gesagt wurde: Das Kabinett Cuno könnte eine starke Regierung sein, wenn es wollte. Es könnte durch energische Restruktionsmaßnahmen, wie sie die Gefahren der Stunde erheischen, das geschwundene Vertrauen vielleicht noch zurückerobern. Wir brauchen wirklich die „starke, aktionsfähige, auf ehrliches Vertrauen breiter Volksmassen gestützte Regierung“, die der „Vorwärts“ verlangt.

Bemerkenswert ist auch, was die „Zeit“, das offizielle Organ der Volkspartei, zum Rot-Artikel der „Germania“ zu sagen hat. Sie meint:

Nicht richtig scheint es uns, wenn die „Germania“ plötzlich alle Schuld nur bei der Regierung findet, deren „Bankrott“ verkündet und von einer Reumten-Novemberstimmung spricht. Schließlich war doch das Zentrum mit Regierungspartei, oder, wenn es diesen Ausdruck ablehnt, jedenfalls mitverantwortlich wie jede andere Partei für das Geschehen und Unterlassen dessen, was seit dem Januar vor sich gegangen ist. Das trifft letzten Endes auch die Sozialdemokratie, die in ihrem „Vorwärts“-Kommentar so tut, als wenn es sich bei unserer gesamten Lage um die Schwierigkeiten eines bürgerlichen Kabinetts handle, und als wenn diese Schwierigkeiten die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie weniger drücken, weil sie diesem Kabinett ja nicht angehört. In Zeiten wie den heutigen und in Zeiten des Ruhrkampfes gibt es überhaupt keine Teilung der Parteien in Regierungen und Oppositionsparteien, sondern die Gesamtheit des Reichstages ist für die gute Führung der Geschäfte ebenso verantwortlich wie die Regierung.

Die Führer der Arbeitsgemeinschaft sind Sonnabend nachmittag zu einer Besprechung im Reichstag zusammengetreten. Der Reichstag selbst wird sich anfangs August zusammensetzen, und man wird dann auch in aller Ruhe die Frage erörtern können, ob ein Regierungswechsel, auf den die „Germania“ ebenso wie der „Vorwärts“ anspielt, uns weiter bringt. Sollten wirklich weite Kreise der Auffassung sein, daß er wünschenswert ist, von unserer inner- und außenpolitischen Not zu steuern, so würden die Männer, die heute an der Spitze des Reiches stehen, die letzten sein, die sich einer solchen Forderung verweigern. Dafür birgt ihr Charakter, der lediglich in der Hingabe an das Staatsganze die Aufgabe des einzelnen Staatsmannes zu sehen hat.

Sollte aber doch die Regierung in eine schwierige Lage kommen, so stimmen wir dem „Vorwärts“ zu, daß wir uns in dieser Zeit den Luxus langwieriger Regierungskrisen nicht leisten können, und daß den Versuch, die Regierung Cuno zu stürzen, nur machen darf, wer überzeugt ist, daß ihr sofort eine andere Regierung zu folgen vermag, die, auf das Vertrauen weiser Volkschichten gestützt, in der Lage ist, die Dinge vorwärts zu führen. Diese Auffassung des „Vorwärts“ ist eine Warnung für unüberlegte Herbeiführung von Regierungskrisen, läßt aber gleichzeitig auch zwischen den Zeilen erkennen, daß die Sozialdemokratie bereit ist, unter Umständen verantwortlich an einer neuen Regierungsbildung mitzuwirken. Es gibt damit sicherlich die Ansichten der offiziellen Parteiführung wieder, die gleichzeitig die schärfste Beurteilung derjenigen Bestrebungen bilden, die andernwärts Sozialdemokratie und Kommunismus vor einen gemeinsamen Wagon spannen wollten. Nach

dieser Richtung hat der Angriffartikel der „Germania“ ein bedeutendes Echo gemacht und wir werden den kommenden innerpolitischen Ereignissen mit Spannung entgegensehen können. Nicht nur die Staatsautorität, sondern auch die parlamentarische Autorität steht gegenwärtig auf dem Spiel. Der Ruf nach dem Diktator ist auch der Ausdruck der Müdigkeit gegenüber einem Parlament, das die Dinge nicht zu wenden vermag. Hüte man sich vor unüberlegten Handlungen und vor irgendeinem Szenenwechsel, der in Wirklichkeit das Spiel nicht ändert. Finde man sich zusammen in dem, was gesetzgeberisch praktisch geschehen muß, vielleicht durch eine Initiative aus dem Reichstag selbst, und Sorge man dafür, daß die übermäßig gespannte Situation uns nicht zu allem, was wir politisch und wirtschaftlich zu tragen haben, noch ein Bild häßlichen Parteihaders in nächster Zeit gibt.

Die „Zeit“ läßt gut, aus unseren Ausführungen keine allzu weitreichenden Schlüsse zu ziehen, insbesondere nicht, was die Parteikonstellation in einigen Einzelstaaten betrifft. Sie spricht von Sachen, wir könnten von Bayern reden. Das ist ein interessantes Kapitel, über das man sich stundenlang unterhalten könnte, aber es führt zu nichts — und vom Thema weit ab.

Die Entdeckung, daß die Sozialdemokratie „unter Umständen“ bereit ist, an einer Regierungsbildung teilzunehmen, brauchte nicht erst jetzt gemacht zu werden. Allerdings kommt es eben auf die Umstände an. Aus der Stellung der Partei in der Regierung und aus ihrem Programm müssen die Anhänger der Sozialdemokratie die Hoffnung schöpfen können, daß der richtige Weg zur Besserung der äußeren wie der inneren wirtschaftlichen Lage betreten wird, und diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden. Dabei sind nicht die Schlagworte und die vorgelegten Meinungen entscheidend, sondern die Männer und die Maßnahmen.

Die Lage des Einzelhandels. Gegen falsche Vorwürfe.

Bei den starken Preiserhöhungen für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs sind in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit schwere Angriffe gegen den Einzelhandel in seiner Gesamtheit erhoben worden; in einzelnen Fällen ist es zu Blünderungen von Läden und Ausschreitungen gegen die Inhaber von Ladengeschäften gekommen. Dem Einzelhandel wird vielfach die Schuld für das Anziehen der Preise zugeschoben und behauptet, daß er durch Zurückhaltung von Waren und wucherische Ausbeutung der Allgemeinheit unbedeutende übermäßige Gewinne erziele. Wo solche Fälle vorliegen, wird jedesmal mit allem Nachdruck eingegriffen werden. Von preußischer Regierungsseite wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine Verallgemeinerung solcher Angriffe der Begründung entbehrt. Der Einzelhandel ist bei der fortschreitenden Geldentwertung genötigt, bei Bemessung des Kleinverkaufspreises der allgemeinen Preissteigerung Rechnung zu tragen. Es würde ihm sonst nicht möglich sein, den Bestand seiner Verkaufsläger in dem für die notwendigsten Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlichen Umfang zu erhalten und seine Aufgabe der Warenverteilung zu erfüllen.

Die Teuerung im besetzten Gebiet.

Essen, 28. Juli. (Rb.) Die katastrophale Geldentwertung verbunden mit dem Mangel an Einfuhrdevisen hat eine sehr starke Preissteigerung, besonders für Kartoffeln, zur Folge gehabt. Das Ruhrgebiet ist während der Sommermonate so gut wie ausschließlich auf holländische Kartoffeln angewiesen. Der Zentner holländischer Kartoffeln kostet 3,10 Gulden, mithin schon in Holland über 1 Million Mark. In den letzten drei Tagen erhöhte sich der Kartoffelpreis von 3000 auf 6000 und gestern auf 10 000 R. für das Pfund. Heute ist der Preis für das Pfund Kartoffeln auf 16 000 Mark in die Höhe geschossen, wobei sich für den Kleinverkauf nur ein Gewinn von 5 Proz. bei einer Zuzahlung von 2-3 Zentnern für jedes Geschäft ergibt. Erst im Laufe der nächsten Wochen werden aus Hannover und der Provinz Brandenburg inländische Frühkartoffeln erwartet, die eine Entspannung der Lage auf dem Kartoffelmarkt herbeiführen dürften. Bei Gemüse, das ebenfalls wegen

Deutschland!

Von Karl Bröger.

Noch bist du ganz zerrissen,
Aus hundert Wunden strömt dein Blut.
Du leuchst in Finsternissen
Und schweilst in einer trüben Glut.

Verworrner Streik der Stimmen
Erstickt den Ton, der alles eint.
Sollst du in Nacht verglimmen?
Ist dir kein neuer Weg vermeint?

Ich spähe noch den Zeiden,
Und schon zerbricht der harte Baum.
Der Wahn muß einmal weichen,
Doch dich die Welt entbehren kann.

Ans aber ist geboten,
Mit dir durch Nacht ins Licht zu gehn,
Darin einst deine Taten
Verklärt und herrlich aufersieh'n.

Von weißen Mäusen und Ringkämpferinnen.

Berliner Gerichtsszenen.

Von Manfred Georg.

Die Wittib Berta Sentsblei hatte sich für den großen Tag in Roabit, da sie vor den Berliner Schöffen ihre gerechte Sache vertreten sollte, besonders sein gemacht. Die angestrichelten Loden himmelweit wie Glöckchen pomadifiziert hin und her, auf den Wangen glänzte ein frisches Hochrot und die riesige Granatbroche sah wie ein altertümliches Schild auf dem schwachen Vorgefände der Brust.

Ihr Gegner, Theodor C., Leiter eines sogenannten „Terroratoriums“ im Norden der Stadt, scheint die ganze Angelegenheit nicht so ernst zu nehmen. Er sitzt mit gelassenem Bächeln ihr gegenüber, und ihre Blide entzündet sich an der freundlichen Klarheit seiner wasserblauen Augen zu einem immer giftigeren Farbenspiel.

Vorsitzender: Sie beschuldigen also, Frau Sentsblei, den Herrn C., Ihre Hymazinthe getötet zu haben? — Die Witwe: Er hat sie getötet. Da gibt's kein Zweifel. — Vorsitzender: Aber er hat sie Ihnen doch wieder zugeführt. — Die Witwe: Das ist nicht wahr. Das hier ist sie nicht, das weiß ich genau, bitte sehr. Und sie schlägt ihre über den Tisch fallende Manille auseinander und enthüllt einen kleinen Holzstift, in dem eine niedliche weiße Maus unruhig hin und her hüpfte.

Die Witwe: Das ist sie nicht. Hymazinthe war eines Tages sehr unruhig. Sie fraß nicht. Wenn ich sonst kam, klappte sie mit dem Schwänzchen auf den Boden und schnüffelte oder ließ ein Riedchen vor Freude. Nicht mehr. Herr C. meinte, sie habe die Grippe und ich sollte sie belassen. Als ich wieder kam, übergab er mir den Käfig. Sein Diener grinst fürchtbar dabei. Das fiel mir schon auf. Na, ich zahlte und ging mit meinem Mäuschen nach Hause. Wie ich dort

das Mischpöpschen reinstele, rührt sich das verdammte Vieh nicht vom Fleck, und wie ich es mit dem Finger locke, beißt es mich. Da wußte ich: Herr C. hat mein weißes Prinzchen gemordet. Er hat ja auch einen Würderblick. Vermutlich hat er Hymazinthe disloziert, der — der —! Vorsitzender: Beruhigen Sie sich nur, Frau Sentsblei. Wir haben auch noch schlimmere Verbrecher hier. Und wir haben auch wenig Zeit. Haben Sie also Beweise, daß dieses Tier ein anderes ist als Ihre Hymazinthe?

In diesem Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall. Herr Theodor C. erhebt sich, blickt mit seinen wasserblauen Augen umher und erklärt in seinem gemütlichen Dialekt: Es ist schon halt so, wie das Weibsbild dahier meint. Wäre i net abgreift gwen, hält i dem hohen Gerichtshof das Verhandeln g'spart und ihr a Gödd zählt. Das Luder, i mein die Maus nämli, verredete glei am nächsten Tag. Hat halt zuviel im Wams gehabt. Do hab ich ein' andere kauft. I kann mi net zanken. Nacha hält's gheihn, i bin a miserabler Viechdoktor, nicht? — Vorsitzender (säheind): Na, sehen Sie, Herr C. wollte doch allen Schaden gut machen. Er hat Sie doch nicht betrügen wollen. — Die Witwe: Aber gequält hat er das süße Tierchen schrecklich. — Vorsitzender: Na, es ruht ja jetzt sanft. Run aber Schluss. Also vergleichen wir uns jetzt oder —!

Endlich läßt sich Frau Sentsblei überreden. Nicht ohne beim Herausgehen wütend zu murmeln: „Aus Indien war sie. Vielleicht ist sie gar nicht tot. Aber ich werde das schon heraustriegen!“ Und wutschnaubend und unterföhnlich segelt sie davon.

Ganz in den Ideen seiner Zeit ausgegangen war der Taschendieb Bruno W., der die Judenfrage von der praktischen Seite her zu lösen suchte. Wer ihn da so vor den hiesigen Schöffen sah, kannte nimmermehr auf den Gedanken kommen, es mit einem gewöhnlichen Kollegen der Warschauer Ganolwin zu tun zu haben. Gelleidet wie ein Leipziger Normalbürger, mit karierterm Vorhemdchen, abstrahlend aus den Köllchen herausgezupften Wollunterjackenärmeln und einem, allerdings unechten blonden Vollbart betraut W., der hauptsächlich auf der Berliner Hochbahn und der Wanneseebahn sein Unwesen trieb, gewöhnlich mit einer Nummer des „Börslichen Beobachters“ und einem Hakentanz im Knopfloch bewaffnet, das Abteil, in das sich sein schon lange vorher beobachtetes Opfer gefügt hatte.

Vorsitzender: Und was machten Sie dann? — Angeklagter: Run, ich begann in meiner Zeitung zu lesen, schüttelte mit dem Kopf, murmelte vor mich hin und begann schließlich auf die Juden zu schimpfen. Das zog immer. Ein paar regten sich stets auf und der, auf den ich zielte — — Vorsitzender: Wuchsen Sie denn immer, ob der von Ihnen verfolgte ein Jude war? Sonst hätte er doch nicht in gemäßigten Sinne reagiert. — Angeklagter: Ach, wissen Sie, Herr Vorsitzender. Er schon nicht. Aber die anderen wissen so selten, mit wem sie es zu tun haben, daß sie auch einen Richtigjude so lange weizen, bis er hochgeht. Die sind eben dumm. Na, gewöhnlich kam es dann zum Krach. Ich hatte ja auch immer Gegner unter dem Publikum. Wenn sich alle nun genügend zankten, dann beleidigte ich den anderen plötzlich direkt. Er springt auf, will mir an die Kehle, andere fahren dazwischen, wir prügeln uns (es ist immer kurz vor einer Station) und ich verschwinde. Habe ich nicht keine Uhr im Gebolge, dann sicher die eines anderen.

Vorsitzender: Na, hören Sie mal, für Sie wäre ein Aufhören

des Antisemitismus ja direkt eine Geschäftsschädigung. Sind Sie nicht übrigens auch Mitglied von Geheimlogen? — Angeklagter: Jawohl. Ich mußte eine Blutprobe abgeben. — Vorsitzender: Ich denke, Ihre Mutter war Polin. — Angeklagter: Wenn schon. Ich habe ja die Blutprobe von meinem Freund Herrmann eingereicht. Jetzt bin ich allerdings überall herausgeschmissen.

Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und gibt nach seiner Rückkehr dem gewählten Weltkind Zeit, eine Welle in gesicherter Ruhe eine neue politische Strömung abzuwarten.

Wie gefährlich es mitunter ist, für nicht ganz satte Liebehaber, am späten Abend junge Mädchen anzusprechen, mußte der Korrespondent Br. erfahren. Er hatte mit Kollegen in einem östlichen Vorort gezecht und war mit der Sittlinger Bahn nachts wieder nach Berlin hereingekommen. Heute stand er als Privatflieger im Roabit vor den Schranken und ihm gegenüber eine junge Böhmkin, vollbusig, in roter Bluse, halben Reiterstiefeln und einem molligen Gesicht, aus dem nur das Kinn sonderbar energisch hervorsticht. Sie ist wegen Körperverletzung angeklagt.

Vorsitzender: Sie geben also zu, den Herrn Br. niedergeschlagen zu haben? — Angeklagte: Jawohl. Ich landete einen unter dem Kinn. — Vorsitzender (erstaunt): Was haben Sie? Was sind das für Hochausdrücke? — Angeklagte: Bitte schön, ich bin Bayerin. Ich kam von Hamburg und suchte in Berlin Engagement zum Damenbogens. Hatte mich etwas verspätet, da sprach der Kläger Ede Friedrich und Chausseestraße mich an. Er machte zwar ein bißchen, und ich nahm ihn erst gar nicht ernst. Ging ruhig weiter. Mit einem Male zieht er mich am Pelztragen. Das war mir aber doch zu bunt. Ich herrsche ihn an: Befähigen Sie mich nicht! Na, und wie das in der Gegend da oben ist, gleich waren Duzende rings um mich herum. Und da geniert er sich wohl, weil er so feudal aussah mit der bunten Mütze und brüllt: Was, ich Sie angeprochen?! Sie haben mich angesprochen, verstehen Sie! Da liebte ich ihm aber eine, er wollte mit dem Stoch schlagen, und nu ging ich los, wupp, wupp, da lag er und paddelte mit den Lachbeinen in der Luft. . . Der Zuschauerraum strahlt. Das Gericht schmunzelt. Der Kläger bohrt den Kopf in die Ästen. Dann kommt eine Beratungspause, die mit einer nicht allzu hohen Geldstrafe endet: Wegen des wenig unwandfrenen Verhaltens des Klägers. Ein Zuschauer flüsst beim Hinausehen Goethe und meint: Ja, ja, das Ewig-Weibliche schlägt uns knod out.

Der dritte Kongress der pazifistischen Studenten Deutschlands begann Sonnabend abend in Dresden. Am Sonntag vormittag findet auf dem Altmarkt gemeinsam mit einer Kundgebung der Arbeiterschaft Dresdens und den Dresdener Gesinnungsfreunden eine Kundgebung „Wie wieder Krieg?“ statt. Nachmittags 4 Uhr wird der Kongress im Landtagsgebäude eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen ein Referat zur gegenwärtigen Lage, ein Bericht der Engländerin Steephanks über die politischen Strömungen zur gegenwärtigen Lage in England. Ein Bericht des Bundesvorsitzenden W. Bedding über die internationale Studentenbewegung und ein Jahresbericht der Bundesleitung. Frau Else Koenigow wird über die Stellung des Deutschen Friedensartikels zur Ruhrfrage referieren. Der Montag wird den Völkerverbindungsproblemen gewidmet sein.

der Währung fast nur aus Holland eingeführt wird, verhält es sich ähnlich.

In Erkenntnis der gefährlichen Lage hat die Industrie des Einbruchgebietes beschlossen, sofort eine einmalige Sonderbeihilfe von 200 000 M. für Unverheiratete und 400 000 M. für Verheiratete auszugeben. Das wäre schon eher gesehen, wenn nicht der Mangel an Zahlungsmitteln dazwischen gekommen wäre. Infolge der Zahlungsmittelknappheit konnte bei Krupp nur ein Fünftel der Löhne ausgezahlt werden. Die Stimmung ist infolgedessen erregt.

Von den Franzosen heringebrachte landfremde Elemente, besonders Großpolen und Tschechen, agitieren lebhaft unter den Belegschaften der Zechen für wilde Streiks, bisher jedoch ohne Erfolg. Trotz des Verbots antisozialistischer Kundgebungen durch die deutschen und französischen Behörden rufen die Kommunisten des Ruhrgebiets zu Demonstrationen unter der Parole „Sturz der Regierung Cuno, Einrichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, Bewaffnung der Arbeiterschaft und Bündnis mit Sowjetrußland“ auf. Gestern haben die einzelnen Divisionskommandeure den Ortsverwaltungen mitgeteilt, daß gegen jede Ansammlung auf der Straße mit Waffengewalt eingeschritten würde. Es empfiehlt sich daher für die Einwohner, möglichst die Straße zu meiden.

Da die Anschläge der Divisionskommandeure zum großen Teil erst heute veröffentlicht werden, bleibt noch die Hoffnung, daß die Anhänger der Kommunisten davon Abstand nehmen werden, sich den Gewehren der fremden Soldaten preiszugeben.

Münster, 28. Juli. (Eig. Drahtber.) In Dortmund wurden 100 Zentner Kartoffeln, die für die Bevölkerung bestimmt waren, von den Franzosen rücksichtslos für den eigenen Bedarf beschlagnahmt.

Demonstrationen am Mittelrhein.

Mannheim, 28. Juli. (Rth.) Die Marktentwertung hat in einigen Städten am Oberrhein zu Teuerungsdemonstrationen und Krawallen geführt. Um Schlimmerem vorzubeugen, hat der Demobilisierungskommissar von Mannheim die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen sowie die Vertreter der Schlichtungsbehörden zu einer Sitzung eingeladen, in der geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und besprochen werden sollen. Das Ergebnis der Sitzung steht noch aus. Dagegen wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß zurzeit auf verschiedenen Werken der Mannheimer Industrie für Teuerungsdemonstrationen agitiert wird. Die Belegschaft der Mannheimer Schiffswerke hat bereits heute mittag ihre Betriebe verlassen. Die Straßen der Stadt Mannheim bieten in den Mittagsstunden das gemohnte Bild. Die Bureaus der städtischen Verwaltung bleiben geschlossen.

Befahrungswillkür.

Bodum, 28. Juli. (WZ.) Der Kommandant der 40. Infanteriedivision ordnete die vollständige Stilllegung der Straßenbahn im ganzen Bereich der 40. Division an, und zwar heute abend bis Montag, den 30. Juli, früh 5 Uhr.

Dortmund, 28. Juli. (WZ.) Da der Direktor der Reichsbank der Verfügung der Befahrungsbeförderung vom 23. Juli, binnen drei Tagen 60 Milliarden Papiermark zu liefern, nicht nachgekommen ist, hat der Kommandierende General der Befahrungstruppen verfügt, daß der Direktor, der zweite Direktor und der Hauptkassierer der Reichsbank ausgewiesen werden und daß die Reichsbank geschlossen wird. Im Verlauf dieser Verfügung wurde die Reichsbank von dem militärischen Unter-Intendanten der dritten Division versiegelt.

Die Verhaftungen in Köln.

Köln, 28. Juli. (WZ.) Zu der Meldung der „Rheinischen Zeitung“, daß in Köln Massenverhaftungen rechtsradikaler Publizisten stattgefunden hätten, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß gestern und heute insgesamt 3 Personen durch die britische Befahrungsbeförderung verhaftet worden sind. Bei einer wurden drei Zentner Sprengstoff gefunden. (Welche Maßnahmen die deutsche Polizei ergriffen hat, läßt die amtliche Meldung offen. Um. d. Red.)

Naturschutz und Fischereierwerb. Gelegentlich der in Magdeburg abgehaltenen 45. Jahresversammlung des Fischereiverbands für die Provinz Sachsen und Anhalt wurde mitgeteilt, daß die Bestrebungen, den Reiter als schlimmsten Feind der Fischerei im Zaum zu halten, Erfolg gehabt haben. In der großen Reiherkolonie in Fielischwerber bei Wittenberg solle nunmehr ein Teil der Reiherkolonie vernichtet werden. Diese Nachricht ist geeignet, in allen für den Naturschutz der deutschen Heimat interessierten Kreisen Aufsehen zu erregen. Der Naturschutz arbeitet dauernd darauf hin, daß diese prächtigen Vögel, die in den meisten deutschen Landschaften so gut wie ausgestorben sind, mit allen Mitteln erhalten werden, wo sie sich noch zeigen. Nun droht hier einer der wenigen Reiherkolonien, die wir in Deutschland noch haben, Gefahr. Erst im Vorjahre wurde auf die starke Verminderung der Fischerei am Niederrhein hingewiesen, ebenso auf die Bestrebungen Niederlassens, die Reiherkolonien im unteren Bafelgebiet zu erhalten. Es erscheint daher dringend angebracht, daß in der Provinz Sachsen nach dem Reiter gesehen und die Zerstörung einer interessanten Stelle der deutschen Landschaft verhindert wird, bevor es zu spät ist. Der Schaden, den die wenigen Reiter an der Fischerei anrichten, steht in gar keinem Verhältnis zu dem Wert, den sie für die Belebung des norddeutschen Tieflandes bedeuten. Ueberdies ist längst bewiesen, daß unmaßlose Kleintiere und ihre Larven, denen niemand nachstellt und mit Erfolg auch niemand nachstellen könnte, der Fischerei durch massenhafte Laichvergiftung unendlich mehr Schaden anrichten als die — hochgegriffen — paar Tausend Reiter, die noch im Lande nisten. Darum muß gegen die teilweise oder völlige Zerstörung von Reiherkolonien vom Standpunkte des Naturschutzes aus dringend Protest erhoben werden.

Das Verbot des Hindenburg-Films. In einer kleinen Anfrage einiger deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde Beschwerde darüber geführt, daß durch Entscheidung der Filmoberprüfungsstelle die öffentliche Vorführung des Bildstreifens „Hindenburgs Ostpreußenreise“ im ganzen Reich verboten worden ist. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es diesem Verbot gegenüber zu tun gedenke. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

„Die öffentliche Vorführung des Bildstreifens „Hindenburgs Ostpreußenreise“ ist durch Entscheidung der Filmoberprüfungsstelle vom 11. Mai 1923 für das Deutsche Reich verboten worden. Da die auf Grund des Abschpielgesetzes eingerichtete Filmoberprüfungsstelle eine unabhängige Reichsbehörde ist, deren Entscheidungen endgültig sind, so ist das preussische Staatsministerium nicht in der Lage, weiteres zu veranlassen.“

Sanz unerhört! — werden die „echten“ Preußen schnarren. Sie können sich immer noch nicht an den Gedanken gewöhnen, daß Preußen (und das übrige Deutschland) nicht mehr in ihrem Interesse regiert wird und daß die Republik sich zu schützen weiß. Sanz unerhört!

Karl Bröcker Zeitgebeite in seiner neuen Gedichtsammlung „Deutschland“ entnommen. Die im Verlag Diederichsen in Konstanz erschienen ist.

Der Badeneseelschwimmer. Wie aus Friedrichshafen ameldet wird, hat der Schwimmer Otto Kemmerich aus Kusum den Badeneseelschwimmer Hermann Biedrichshausen durchschwommen. Er hat die 13 Kilometer lange Eise ohne Begleitboot in etwa 9 Stunden zurückgelegt, obwohl ihn ein Gewittersturm eine beträchtliche Strecke abtrieb.

Ein Brief ab September 3000 M.

Und wertbeständige Tarife.

Im Reichspostministerium ist die angekündigte Vorlage über die neue Postgebührenerhöhung, die ab 1. September in Kraft treten soll, fertiggestellt worden. Die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagenen Erhöhungen sehen durchweg einen 200prozentigen Aufschlag auf die am 1. August in Kraft tretenden Gebühren vor. Demnach soll ab 1. September der Fernbrief 3000 M. und die Fernpostkarte 1200 M. kosten. Bei den Telegrammen wird eine Grundgebühr von 4800 M. und eine Wortgebühr von 2400 M. vorgeschlagen. Die Ortsgebühr im Fernsprechverkehr soll auf 1500 M. festgesetzt werden. Die Jahresgrundgebühren für Fernsprechanlagen sollen von der neuen Erhöhung zunächst nicht betroffen werden.

Zur Begründung der neuen Vorlage führt die Reichspostverwaltung an, daß der Jahresfahrbetrag der Reichspost, der bei der Festsetzung der am 1. August in Kraft tretenden Gebühren 5,9 Billionen Mark betrug, inzwischen auf ungefähr 30 Billionen angewachsen ist. Die Aufwendungen, die der Reichspostverwaltung aus den letzten Erhöhungen der Dienstleistungen der Beamten und Staatsarbeiter erwachsen, belaufen sich auf das Jahr gerechnet auf ungefähr 20 Billionen Mark; die tatsächlichen Ausgaben betragen ungefähr 5 Billionen Mark. Gegenwärtig finden im Reichspostministerium Beratungen darüber statt, wie eine gewisse Wertbeständigkeit der Tarife erreicht werden kann. Es ist beabsichtigt, bestimmte Grundlagen für die Gebühren festzusetzen, die es gestatten, mittels einer zu errechnenden Schlüsselzahl die Gebühren der Teuerung schneller als bisher anzupassen.

An unsere Freunde und Leser!

Die durch die ungeheure Entwertung der Mark und die damit verbundene ganz maßlose Preissteigerung aller Bedarfsartikel und Materialien eingetretene wirtschaftliche Unsicherheit bedroht die Existenz unserer Presse. Papier- und Druckpreise steigen von Woche zu Woche. Erhöhung der Löhne und Gehälter muß den irrsinnigen Steigerungen der Preise für Lebensmittel usw. nachfolgen.

Die Zeitungen sind nicht in der Lage, ihre Preise wie die jeder anderen Ware der rasenden Entwertung der Mark von Tag zu Tag entsprechend zu steigern. Eine Festlegung des Abonnementspreises ist daher bei dem täglichen Wechsel der Preise zur Unmöglichkeit geworden. Wir setzen deshalb den Abonnementspreis zunächst

für die erste Hälfte des August auf 50 000 M.

fest, die in zwei Raten gezahlt werden können. Dieser Betrag ist nach den bisher schätzungsweisen Preisen für Druck und Papier auf Knappes bemessen. Der Papierpreis für August wird erst am Donnerstag dieser Woche und zwar nach dem Dollarkurs an diesem Tage festgelegt; er wird eine ganz phantastische Höhe erreichen. Diese laminarartig anschwellenden Papierpreise, bei denen vor allem die Zellstofffabrikanten hohe Gewinne einstreichen, gestatten sich für die Presse zur Unmöglichkeit und sind geeignet, sie zum Erliegen zu bringen. Die Erhaltung unserer Presse muß aber die erste Pflicht unserer Parteigenossen sein. Wir baten auf die bisher bewiesene Treue und das Verständnis unserer Freunde und Parteigenossen, daß sie in dieser gemitterschwülen Zeit ihr Parteiorgan, das Rückgrat der Partei und ihrer Organisation, erhalten werden.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Wie sie hehen.

Severing, der faschistische Antifaschist.

Die Nordheide gegen Genossen Severing, die seinerzeit schmählich zusammengebrochen ist, wird von deutschösterreichischer Seite in der schamlosesten Weise fortgesetzt. Vor uns liegt ein Flugblatt, das u. a. von den Anhängern Knüppel-Kunze verbreitet wird und das die deutsche Erneuerungsgemeinde (Walter Kramers Verlag, Leipzig) als ihr „geistiges Eigentum“ erklärt. In diesem Flugblatt wird behauptet, Schlageter sei von Severings Polizeiorganen rechtsrätlich verfolgt und von zwei Sozialisten den Franzosen denunziert worden, es operiert mit dem alten Wüßchen, Severing habe dieselben „nationalen“ Vereinigungen verboten wie General Degoutte, „der Unterjocher des Ruhrgebiets“, und schließt mit dem faum mißverständlichen Fingerzeig:

Die Ratgeber Severings!

Wie die „Deutsche Zeitung“ in Nr. 188 berichtet, sind die Mitarbeiter und Ratgeber Severings: Staatssekretär Dr. Freund, Ministerialdirektor Dr. Abegg, Dr. Wehmann, Oberregierungsrat Dr. Weich, Dr. Vadi, Regierungsrat Gosler, auch die Privatsekretärin Käthe Rosenhain, sämtlich jüdischer Abkunft.

Auch den Verfassern des Flugblatts ist natürlich bekannt, daß Schlageters Verhaftung durch die Franzosen mit Severings Polizeiorganen nicht das geringste zu tun hat, es ist ihnen bekannt, daß zwischen den Maßnahmen Severings und Degouttes keine Zusammenhänge bestehen, sie wissen sehr genau, daß Schlageter von deutschösterreichischen Hochschul-Jüngern, also von seinen eigenen Gefinnungsgenossen und den edlen Genossen der ebenso edlen Flugblattschreiber denunziert wurde. Aber was kümmert das die treubeherrschende Meute um Knüppel-Kunze und die „Deutsche Zeitung“! Wunter wird darauflos verteuert und geheißt: „Severing, der marxistische Antifaschist!“ und damit das Gift jenseit keine Wirkung verfehle, vergift man auch den Jagdruf nicht: „Der Jud ist los! Halli!“

Dieses Treiben ist durchaus der Hab der Kommunisten wert, die in spaltenlangen Schmäharbeiten den Ruf zu Lobe hehen: „Severing, der Faschist“. Man braucht diese deutschösterreichisch-kommunistischen Parolen nur nebeneinander zu halten, um die elende und verlogene Demagogie der Desperados zur Rechten und zur Linken zu durchschauen. In ihnen offenbart sich das ganze Geheimnis ihrer Regierkunst. Es wäre traurig um die Arbeiterschaft bestellt, wenn das auch das Geheimnis ihrer Macht werden sollte.

„Staatskunst und Taktik.“

Ein „Ritglied“ der Deutschen Volkspartei versuchte vor einiger Zeit in den „Frankfurter Nachrichten“ gegen den Führer der Volkspartei Stresemann zu häkeln. Er erhielt von Stresemann eine gehörige Klüßer. Nunmehr legt dies ehrenwerte „Ritglied“ der Deutschen Volkspartei, dem offenbar seine eigene Presse den Kredit gekündigt hat, die Stänkereien in — der deutschnationalen „Deutschen Tageszeitung“ fort. Sollte es sich um jenen Dr. Siegfried Weber handeln, der sich vom „Tag“ das Älteste der Verhältnisse ausstellen ließ und der daraufhin von der Volkspartei abgeschüttelt wurde? Oder gar um den deutschösterreichischen Geißler, der von den Volksparteilern den Abschiedsbrief bereits erhalten hat?

Die Wartezeit in der Erwerbslosenfürsorge.

Das Presseamt Thüringen teilt mit: Die Erwerbslosenfürsorge dürfte bisher grundsätzlich nach einer Wartezeit von mindestens einer Woche gewährt werden, von einigen in der Verordnung ausdrücklich angegebenen Ausnahmen abgesehen. Nach dem Gesetz vom 19. Juli 1923, das soeben veröffentlicht worden ist, kann die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums die Wartezeit bis auf drei Tage abkürzen. Das Thüringische Wirtschaftsministerium hat beim Reichsarbeitsminister beantragt, daß diese Bestimmung mit dem Inkrafttreten des Gesetzes, also mit dem 9. August, für Thüringen in Kraft gesetzt wird.

Deutschösterreichische Revolution.

Im eigenen Lager.

Wir berichteten über die Attaken eines deutschösterreichischen ehemaligen Offiziers, die er gegen den „Alldeutschen Verband“ und die „Deutsche Zeitung“ ritt, und über das freudige Echo, das die Hejzag in der Presse der deutschösterreichischen Freiheitspartei fand. Der deutschösterreichische Gewährsmann warf den Alldeutschen nichts weniger vor, als im jüdischen und jesuitischen Solde zu stehen. Im alldeutschen Lager schloß man zunächst verschämt und verstand sich dann zu einer Moralspredigt in der „Deutschen Zeitung“. Aber der deutschösterreichische Total scheint den Alldeutschen doch ein wenig zu stark gewesen zu sein. Der „Alldeutsche Verband“ hat nach einer Nachricht der „Deutschen Zeitung“ nunmehr die notwendigen gerichtlichen Schritte gegen die Vertreter der „unwahren Behauptungen“ eingeleitet, die von seinen der Freiheitspartei mündlich und schriftlich gegen den Alldeutschen Verband ausgestreut werden. Das dürfte das erste Mal sein, daß sich die Deutschösterreichischen selbst die Verlogenheit ihrer antisemitischen und „antimarginalistischen“ Kabaupropaganda vor Gericht bestätigen lassen.

Frankfurter Verhaftungen.

Frankfurt a. M., 28. Juli. (Ill.) Die Ermittlungen der Kriminalpolizei bezüglich der Ermordung des Staatsanwalts Dr. Haas haben zu der Festnahme von etwa 25 Personen geführt. Davon sind 15 dem Richter zugeführt worden, weil ihnen von der Polizei nachgewiesen werden konnte, daß sie sich in der Schwindstraße mehr oder weniger tällig beteiligt haben. Bei den übrigen Festgenommenen, die von der Polizei entlassen werden mußten, weil ihnen tätige Teilnahme an den Ausschreitungen selbst nicht einwandfrei nachgewiesen werden konnte, wird die Beschuldigung wegen Landfriedensbruchs aufrechterhalten. Wegen dieser Vergehen werden sich die vorläufig entlassenen Personen demnächst vor dem Gericht zu verantworten haben.

Als die Hauptbeteiligten an der Ermordung des Staatsanwaltsrates Dr. Haas wurden bisher der 21jährige Dreher Willi Bender aus Hausen und der zurzeit erwerbslose Schreiner und ehemalige Hilfspolizist Karl Bräunig festgestellt. Bräunig ist 51 Jahre alt. Unter dem Druck der Ermittlungen der Kriminalpolizei hat Bräunig zugegeben, daß er die beiden verhängnisvollen Schüsse abgegeben hat, die den Anfang der Ausschreitungen verursachten. Bräunig will die Schüsse lediglich als Warnung für die erregte Menge abgegeben haben. Nach den bisherigen Ermittlungen muß aber angenommen werden, daß diese Angaben nicht richtig sind.

Belgischer Kabinettsrat.

Brüssel, 28. Juli. (Eca.) Heute mittag von 12 bis 1 Uhr fand hier ein Kabinettsrat statt, der sich einer offiziellen Erklärung zufolge mit den Fragen der interalliierten Lage befaßte. Es handelte sich um die endgültige Prüfung der Antwort auf die englische Note vom 20. Juli. Dieses Projekt, das im großen und ganzen mit der französischen Antwort übereinstimmt, jedoch in den Einzelheiten stark von der französischen Antwort abweicht, dürfte, wie nunmehr zunächst dem Pariser Kabinettsrat übermittleit werden. Es kann demnach angenommen werden, daß die Abendung der französischen und belgischen Antwort in London sich bis Montag abend oder Dienstag früh verschoben wird. Ueber den Text der Antwornote wird in den maßgebenden Kreisen strengstes Stillschweigen bewahrt.

Ein Lösungsprogramm des „Temps“.

Paris, 28. Juli. (Eca.) Der „Temps“, der in der letzten Zeit Meinungen zum Ausdruck bringt, die weniger die Auffassung der Regierungstreue wiedergeben, als vielmehr Gedankengänge, die den einflussreichen industriellen Kreisen entsprechen, stellt heute eine Art Programm der Weiterentwicklung der gegenwärtigen Lage auf, das er „den Weg der Zusammenarbeit“ nennt. Der „Temps“ bezeichnet zunächst drei Richtungen in Deutschland: 1. eine Richtung, die vertreten durch die gegenwärtige Regierung, die „mit Hilfe Englands“ den Widerstand fortsetzen wolle; 2. die „russische Richtung“, die vertreten durch die Kommunisten, auf der Grundlage der letzten Artikel Radets, der die Hilfe der Dritten Internationale angeboten habe, den deutsch-russischen Kampf gegen Frankreich predige; 3. eine „vernünftige Richtung“. Letztere beabsichtige in keiner Weise vor Frankreich zu kapitulieren, sondern die Regierung zu ändern und die Geschäfte Deutschlands besser zu führen. Diese dritte Richtung geht ursprünglich von den Sozialisten aus, finde aber auch, so folgert der „Temps“ aus einem Artikel der „Germania“, in den linken Kreisen des Zentrum Anhang. Der „Temps“ sagt, Frankreich wolle nicht die Zerstörung Deutschlands, sondern das allgemeine Wohl Europas und sei infolgedessen der Ansicht, daß jetzt die Gläubiger Deutschlands einschreiten müßten, und zwar, nach den „persönlichen Ideen“ des Verfassers: 1. Die Gläubigerregierungen müßten Berlin klar machen, daß Deutschland sich in einer besseren Lage befände, wenn seine gegenwärtige Regierung durch ein Kabinettsrat ersetzt würde, in dem alle republikanischen, versaffungstreuen Parteien vertreten wären. 2. Die neue deutsche Regierung könnte die aus der Ruhrfrage erwachsenden diplomatischen Schwierigkeiten vermeiden, wenn sie erklären würde, daß sie allen Beamten und allen Einwohnern des besetzten Gebiets freie Hand lasse, so daß diese ihrem Gewissen gemäß ihre Haltung gegenüber den Befahrungsbeförderung einrichten könnten. 3. Durch eine Initiative der neuen deutschen Regierung müßte die Reparationskommission aufgefordert werden, entsprechend dem § 9 des Anhangs 2 alle von Deutschland vorgebrachten Argumente und Zeugnisse anzunehmen, die mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zusammenhängen. 4. Da es dringend notwendig ist, Deutschland eine neue Währung zu geben, die Aussicht hat, stabil zu sein, müßten

die deutsche Regierung und ihre Gläubiger zu gemeinsamer Arbeit sich zusammensuchen. Die Gläubigerregierungen müßten insbesondere erklären, daß sie unter Zahlungen nur solche Werte verstehen, die tatsächlich auf den Hauptwertmärkten marktfähig sind, ohne daß das Reich Barzahlungen zu leisten hätte, die den Kurs seiner Währung aufs neue erschüttern würden. Die deutsche Regierung könnte ihrerseits ein neues Organ schaffen, das in enger Zusammenarbeit mit der Reparationskommission stehen müßte und die Bestätigung hätte, eine erste Hypothek auf alle „Realitäten“ (Gelände, Häfen, Gruben usw.), die im Besitz von Privatpersonen sind, aufzunehmen, so daß die neue Währung durch ein bedeutendes Pfand gesichert würde.

Warum Lebensmittelnot?

Die verfehlte Devisenpolitik. — Der Bankrott der freien Wirtschaft.

Viele Läden sind leer, viele haben geschlossen und vor den wenigen, die noch einige der nötigsten Lebensmittel feilbieten, drängen sich die Hausfrauen in langen Reihen, um dann, oft genug unter Mitwirkung eines Schubbeamten, in das Geschäft hineingelassen zu werden. Da bekommen sie für Phantasiepreise winzige Mengen der kostbaren Waren, die zum Leben nun einmal nötig sind und schließlich gehen sie verbittert nach Hause. Das Geld ist ihnen unter den Händen zusammengeschnitten, ohne daß sie etwas Rechtes dafür auf den Tisch bringen können. Die Kinder weinen, sie haben Hunger, die Männer sind unzufrieden mit allem. Der ganze Verdienst reicht nicht mehr zur Bestreitung der einfachsten Lebensbedürfnisse aus. Es wächst die Verzweiflung, es wird durch eine Unsumme kleiner täglicher Erlebnisse jene Stimmung geschaffen, in der die Vernunft zum Schweigen gebracht wird und die sich im Dreinschlagen, im Vernichten die seelische Entspannung schafft. Warum nun diese Knappheit. Dieser so bitter fühlbare Lebensmittelmangel in Berlin? Sind keine Lebensmittel in der Riesenhadt? Haben die Produzenten den Lieferungsstreik, die Blockade der eigenen Volksgenossen erklärt? Die nachstehenden Ausführungen berufenen Kreise sollen hierüber Aufschluß geben.

Die Ansicht der Konsumgenossenschaft.

Der Kern der gegenwärtig in den Kleinhandelsbetrieben auftretenden Lebensmittelknappheit liegt in dem Mangel an den zum Einkauf nötigen Devisen. Niemand gibt heute noch Auslandsprodukte gegen deutsches Papiergeld ab. Die Reichsbank gibt für den so überaus wichtigen Lebensmitteleinkauf nicht genügend Devisen aus, sie beschränkt sich darauf, die nötigen fremden Zahlungsmittel für Lebensmittel, vor allem Schmalz, zu liefern. Trotzdem aber den Konsumgenossenschaften für solche Käufe genügend Devisen versprochen wurden, ist dieses Versprechen nicht gehalten worden. Trotz der leeren Geschäfte gibt es genügend Lebensmittel in Berlin! Ein wichtiger Mangel ist nur an Kartoffeln vorhanden. Er wurde hervorgerufen durch die um vier Wochen verzögerte Ernte und durch das Regenwetter der letzten Woche, das die Erntearbeiten verhinderte. Schmalz liegt beispielsweise in großen Konsumgenossenschaften, Lagern, in denen Waren zum Weiterverkauf untergebracht werden. Es kann von den Kleinhändlern nicht erworben werden, weil bei dem schwankenden Dollarkurs niemand den Preis kennt und jeder sich vor Verlusten schützen möchte. Der vollständige Bankrott der freien Wirtschaft kann nicht besser als durch diese Tatsachen illustriert werden. Der Händler, der das Schmalz erwirbt, muß es zum Tagespreis, der sich nach dem Dollarkurs richtet, bezahlen. Wenn er z. B. an einem Tage das Schmalz erzieht, als der Dollar auf 700 000 stand und er erst zwei Tage später die nötigen Devisen herbeischaffen kann, so muß er, wenn der Dollar inzwischen auf 1 Million gestiegen ist, wesentlich höhere Papiermarkbeträge aufwenden, als am Lieferungsstage nötig gewesen wären. Er riskiert dabei noch, mit der Wucherpolizei in Berührung zu kommen, wenn er aus demselben Haß die Ware zu höheren Preisen verkauft. Um den inländischen Produzenten nicht die Scheißel zu halten, sollte die Reichsbank für den Einkauf von Lebensmitteln, auch für den von Getreide, Fleisch und Auslandsmehl, das erheblich billiger ist als Inlandmehl, jede nötige Menge von Devisen freigeben. Die Preise für Inlandlebensmittel haben durchaus die Tendenz, über die Weltmarktpreise zu klettern, da sich bei den Produzenten, insbesondere auch bei den Landwirten, eine Spekulation nach höheren Werten bemerkbar macht. Der Landwirt ist heute fast allgemein so gestellt, daß er nicht zu verkaufen nötig hat und vieles, was er sonst auf den Markt brachte, selbst verbraucht. Das trifft beispielsweise für Butter und Eier zu, die ja auch schon in Friedenszeiten in großen Mengen vom Auslande bezogen wurden, weil schon damals die Inlanderzeugung, trotz wesentlich besserer Belieferung der Märkte, nicht ausreichte. Eine durchgreifende Besserung hängt von einer Stabilisierung der Finanzen ab. Die Unfähigkeit der Regierung nach dieser Richtung kann nicht scharf genug verurteilt werden. Das Urteil, das Regierungsstellen über die Lebensmittelversorgung besitzen, wird gut dadurch gekennzeichnet, daß Regierungsvorsteher bei Verhandlungen mit den verschiedensten Körperschaften erklärt haben, daß billiges

Auslandmehl und Auslandsfleisch nicht eingeführt zu werden brauchten. Der freie Handel beweist unter dem Schutz der gegenwärtigen Regierung seine völlige Unfähigkeit, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Immer wieder muß auch an die Verbraucher appelliert werden, die Einkäufe so einzurichten, daß auch für den Kernsten noch genügend übrig bleibt. Wenn heute ein Händler viel Ware hereinbekommt, so ist er im Handumdrehen ausverkauft. Viele decken sich so schnell als möglich ein, und die Kernsten, die nicht genügend Mittel haben, werden um ihren Warenanteil betrogen. Es kann u. a. nicht genug davor gewarnt werden, sich jetzt mit neuen Kartoffeln einzudecken, wenn sie in den nächsten Tagen wieder hereinkommen sollten. Die neuen Kartoffeln verderben rasch und man soll die Verluste, die dadurch bei einer größeren Zahl von Verbrauchern entstehen können, nicht gering einschätzen.

Viele Mitglieder der Konsumgenossenschaft beklagen sich über die Erhöhung der Geschäftsanteile. Viele verweisen darauf, daß sie früher in Gold ihre Anteile eingezahlt haben. Die Genossenschaften haben die Anteile zur Vergrößerung der Betriebe verwendet. Ihre Gebäude, Maschinen und sonstigen Einrichtungen geben ihnen auch heute trotz der Krise die nötige Festigkeit. Darüber hinaus aber trifft sie der Kreditmangel infolge der Geldentwertung genau so scharf wie die Kleinhändler. Diese könnten, wenn sie zum Neueinkauf von Ware genügend Kredit bekämen, ihr Einkommen durchaus wertbeständig gestalten. Infolge des Mangels an genügenden Mitteln zum Neueinkauf von Waren verlusteten die Kleinhändler denn den Wiederbeschaffungspreis für die Verkaufskalkulation zugrunde zu legen. Das liefe im Grunde auf eine sehr einfache und zinslose Kreditbeschaffung hinaus, bei der der Verbraucher diese Summen aufzubringen hätte. Die Forderung, zum jeweiligen Tagespreis zu verkaufen, ist eine neue Form dieser Bestrebungen. Infolge der Geldentwertung hat die Kreditnot einen früher ungeahnten Höhepunkt erreicht.

Wenn die Konsumgenossenschaften, die auch heute noch trotz der geschädigten Verhältnisse marhe Ware billiger an ihre Mitglieder abgeben können als der übrige Handel, auffordern, die erhöhten Geschäftsanteile zu zahlen, so appellieren sie dabei an die wirtschaftliche Einsicht jedes einzelnen, der begreifen muß, daß seine Genossenschaft in dieser schweren Zeit nicht zugrunde gehen darf, damit sie ihm später um so mehr zu nützen vermag.

Der Direktor der Berliner städtischen Markthallen

Rorawski erwirft von dem Zustand auf dem Berliner Lebensmittelmarkt folgendes Bild:

Butter ist in der Tat außerordentlich knapp, weil zu ihrem Ertrag keinerlei ausländisches Schmalz und auch Margarine infolge der schlechten Valuta so gut wie gar nicht hereinkommt. Weiterhin verbraucht das ganze Land die Naturbutter zum großen Teil selbst, weil die Erntearbeiten im Gange sind und die Erntearbeiter eine gute Verpflegung brauchen. Aber auch die Baborte, die teilweise besonders stark mit Ausländern belegt sind, haben einen großen Butterkonsum. Als interessante Tatsache ist zu verzeichnen, daß sehr viele Leute ihre alten Beziehungen zum Lande wieder aufgenommen haben. Man fährt wie in den Kriegsjahren aufs Land hinaus und sucht dort einzukommen, was man nur irgendwo erhalten kann. Nach übereinstimmenden Berichten ist das Land nie so stark mit privaten Aufkäufern überhäuft gewesen wie jetzt. Alle Leute, die freie Zeit haben, gehen hinaus und kaufen auf. Praktisch ist dagegen sehr wenig etwas auszurichten, wiewohl das natürlich bedeutet, daß der Teil der Bevölkerung, der keine unmittelbaren Beziehungen zum Lande hat, bei dieser Hamsterei leer ausgeht. Dieselbe Erscheinung zeigt sich auch dem Eiermarkt. An und für sich ist der Eierertrag infolge der hitigen, heißen Jahreszeit zurückgegangen. Die Hühner legen wenig. Infolge der Unmöglichkeit, sich Fleisch zu kaufen, sind einigermaßen kaufkräftige Kreise dazu übergegangen, soweit wie möglich Eier zu genießen. Ein Gebot der Stunde ist es und sollte unbedingt durchgeführt werden, daß es den Luxusbetrieben und Bars verboten wird, Eierkognak herzustellen und zu verkaufen. Alle Eier sollten dem Nahrungsmittelmarkt zugeführt werden.

Auf dem Kartoffelmarkt ist eine leise Besserung zu verzeichnen und man darf in der kommenden Woche auf reichlichere Zufuhren

rechnen, die zunächst aus Oberschlesien und aus Ragdeburg anrollen werden. Die in dieser Jahreszeit sonst üblichen Zufuhren aus dem Auslande müssen infolge der schlechten Valuta ausfallen. Gemüse darf als reichlich vorhanden und angeboten bezeichnet werden. Mohrrüben konnten sogar nicht abgesetzt werden. Es kann der Bevölkerung nur geraten werden, den Genuß dieses frischen Gemüses nicht zu vernachlässigen. In der nächsten Zeit kann man auch mit verstärkten Zufuhren von holsteinischem Kohl rechnen. Fleischzufuhren sind außerordentlich gering. Auch hier muß beachtet werden, daß das Land infolge der Erntezeit einen stärkeren Bedarf hat als sonst. Weiterhin wird Fleisch außergewöhnlich viel zu Dauerkonsumen verarbeitet, wofür natürlich höhere Preise angelegt werden.

Die unruhige Lage im Innern hält viele Händler ab, größere Posten von Nahrungsmitteln heranzuschaffen, weil sie noch dem gegenwärtigen Stand der Valuta in einer Sendung oft ihr ganzes Kapital ansetzen müssen und befürchten, daß ihnen die Ware durch Plünderung aus den Händen gerissen wird. Ferner hat auch die Kapitalkraft des mittleren und kleineren Handels außerordentlich nachgelassen, so daß viele Händler aus dem Zwischenhandel bereits ausgeschieden sind. Für den Berliner Markt kommt auch als erschwerend in Betracht, daß der deutsche industrielle Westen überall, wo es etwas gibt, auf dem Markte erscheint und zu hohen Preisen einkauft. Wenn man also auch von einer zweifellos bestehenden Lebensmittelknappheit sprechen kann, so ist es doch eine ganz ungerechtfertigte Übertreibung, von einer Hungersnot zu sprechen. Bedenklich ist zwar die Fettnot; die Lage des Kartoffelmarktes wird sich in kurzer Zeit verbessern, die Broterzeugung darf als sichergestellt gelten, und auch die kommende Ernte verspricht gute Ergebnisse. Die Dinge sind also doch nicht ganz so ausichtslos als wie sie im ersten Augenblick erscheinen.

Die unzulängliche Fleischversorgung.

Das rechte Wort, das imstande wäre, die allgemeine mitleidige Lage auf dem Fleischmarkt zu beleuchten, ist im Augenblick nicht zu finden. Vormag sei gleich bemerkt: es ist Schlachtvieh genug vorhanden, doch bestehen dagegen nur geringe Kaufmöglichkeiten. Wir erfahren dazu aus unterrichteter Quelle: Trotz einer statistisch nachgewiesenen Vermehrung unseres Viehbestandes in der Kriegszeit ist in Berlin Fleischnot. Die Viehhändler, die auf dem Lande umherreisen, tausendts Schlachtvieh beim Produzenten auf und übermitteln es den Viehkommissionären am Zentralviehhof. Diese Kommissionäre haben die Aufgabe, das übermittelte Vieh an die Großhändler zu verkaufen, die dann die Ware dem Badenischhändler anbieten. Es ist leicht erklärlich, daß die eben angezeigten einzelnen Stüppen die Fleischpreise außerordentlich hoch gestalten. Um hier vorzubeugen und Wuchermöglichkeiten zu unterbinden, ist die Preisnotierungskommission geschaffen worden, die immer an den beiden Markttagen Mittwoch und Sonnabend in Erscheinung tritt. Die Viehhändler sehen natürlich viel lieber, wenn diese Preisnotierungskommission nicht existieren würde und haben in letzter Zeit zu einem Mittel gegriffen, das im Interesse der Volkswirtschaft scharf verurteilt werden muß. Man ist auf den Gedanken gekommen, so wenig wie möglich Schlachtvieh nach Berlin zu senden und den weitaus größten Teil in anderen Städten, wo keine Preisnotierungskommissionen bestehen, unterzubringen. Für die Viermillionenstadt Berlin ist dieser Zustand auf die Dauer einfach unerträglich. Am gestrigen Markttage (Sonnabend) wurden folgende Viehaustrisbesätze genannt: 1402 Rinder, 1145 Kälber, 4165 Hammel und — 2002 Schweine. Noch nie waren so geringe Austrisbesätze zu verzeichnen wie es in letzter Zeit häufig der Fall ist. Die Anzahl der gelieferten Schweine ist so minimal, daß hier energig Abhilfe geschaffen werden muß. Wer am gestrigen Tage die Schweinehalle auf dem Zentralviehhof aufsuchte, konnte „nette“ Szenen erleben. Kaum war das Glockenzeichen, das den Beginn des Marktes anzeigt, gegeben, so stürzten auch schon die Engroschlächter in den großen Raum hinein, um etwas zu ergattern. Doch enttäuscht und stuchend zogen die Käufer von Buchte zu Buchte, denn nur selten war noch ein Schwein zu kaufen. Die 2002 Stück Vieh waren zum weitaus größten Teile von kapitalstärkigen Engroschlächtern aufgekauft, bevor der Transport überhaupt Berlin erreicht hatte. Die Preisnotierungskommission hatte einen Preis von

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Wie unsicheren Boden fühlte sie unter ihrem Fuß dies Schiffsdeck, auf das sie sich für eine Weile gerettet hatte aus ihrem taumelnden Leben, diesem wilden Glücksspiel, diesem Leben von einem Tag zum andern ins Blaue hinein, das sie in den letzten Jahren erprobt hatte — erst das kindliche Spiel mit dem gemünzten Golde — dann die langen, von einem Schwindler ausgehnuten Lehrjahre — endlich der ertgende Sommer des letzten Jahres, als sie unter einer Banne in einer Nordseebüne hausender blondblöcker Räuber gefallen war! Sie fühlte sich jetzt einsamer, freundloser als je. Wenn sie sich über die erdswarzen Beete beugte, sah sie oft kleine fremde grüne Sprossen hervorkeimen. Sie wunderte sich darüber, daß das Unkraut seinen Weg hierher finden konnte und grub, bis sie den Samen fand: ein Mais- oder Weizenkorn und zahllose andere Pflanzenteime, deren Namen sie nicht kannte. Sie kamen hierher aus den Tropen, aus Brasilien oder Indien mit Schiffslasten, die irgendwo im Hafen löschten, die frische Brise trug sie herüber, oder Vögel brachten sie im Schnabel und ließen sie in ihren Garten fallen, wo sie sich säten. Sie dachte daran, daß so die Flora einer Koralleninsel entsteht, von Vögeln oder durch Ortane meilenweit übers Meer geführt. Sie ließ diese fremden Triebe in Ruhe, sah sie wachsen, diese fremden und heimatlosen Gewächse: ein Maiskorn, das tausend Weilen gereift war, um hier seinen Kolben zu bilden, einen Mandelkern oder ein vielleicht aus fernem südlischen Gebenden hergewehtes Senfkorn. Tagelang ging ein würziger Hauch über den Hafen. Ein Ostindienfahrer war heimgekehrt, und sie spürte den milden Duft von Teakholz, das von den Plantagen Penangs verladen war; mit der Brise kam ein Brodem von ätherischen Ölen und der scharfe Geruch von Hanf und bengalischer Sute aus den schwarzen Leichtern, die sich um den tropenweißen Körper des Motorchiffes „Malatta“ scharten. Eines Tages geschah es, daß sie Bienen zwischen ihren Blumen antraf, ein silberbeschwingtes Paar in samtbraunem Wams summtte um ihre Winden. Wie kleine Schwimmer stürzten sie sich in die tiefen Becher und trocken honigtrunken, mit Goldstaub auf den zottigen Strümpfen, heraus. Sie wunderte sich darüber, hier Bienen zu sehen. Doch dann erinnerte sie sich, von Schwärmen gelesen zu haben, die

mitten in den belebtesten Straßen wie ein funnender Saal am Arm eines Laternenpfahls hingen, bis die Polizei kam und sie in Verwahrung nahm.

Sie betrachtete den kleinen gelben Hund, der ihr jetzt auf den Haden folgte, wo sie ging und stand. Er betrachtete sie auch. Sie streichelte seinen struppigen Pelz. Wo magst du herkommen? Ein halbwidder Hund, der hier sein tägliches Futter fand, wogegen er mit Halsband und rosa Schleife zu gehen hatte! Auch den hatte es hierhergezogen, wo er Honig ahnte, und er mochte hier an Bord weit mehr zu Hause sein, als sie selbst. Mit einem Lächeln sah sie auf die roten Plüschmöbel: Es war hier aufs beste für sie geforgt.

Sie stellte ihre Staffelei zurecht und grundierte die Leinwand, um bereit zu sein, wenn Kapitän Start kam. Sie ahnte, daß auch er zu ihr käme wie die Bienen und der kleine Hund. Sog auch er wohl wie die anderen Männer, denen sie begegnet war, nur ein wenig Wärme aus ihrem Gemüt, suchte er für eine Weile Vergessen in ihrer Nähe, Vinderung für die Einsamkeit, die er fühlen mochte?

Da sah er nun auf dem Stuhl, die schlanken Glieder ausgestreckt, in plastischer Ruhe, aber seltsam leblos, nur sein Bild war nicht erloschen und folgte ihr überall, lehnfüchtig, als wolle er Kraft aus ihrer Gesundheit trinken, Wärme bei ihr für sein erfrorenes Gemüt finden.

Sie suchte in losen Zügen seine Umrisse mit Kohle auf ihrer Leinwand zu fixieren. Doch das Bild erhielt kein Leben, es war ihr, als nähme er ihr die Kraft, nährte sich von ihrem Willen und gewänne doch selber nicht mehr Leben dadurch. Oft warf sie ihre Pinzel nach nur vortelstündigem Versuch hin, setzte sich auf den Stuhl vor ihm, versuchte Fühlung mit seinen Gedanken zu bekommen, fragte, forschte ihn aus, was er von einer Sache meinte oder fühlte.

Immer lächelte er höflich, wenn sie sprach, lauschte, jedoch ohne Wärme, gab tonlose Antworten, fragte auch wohl selbst hier und da, verfolgte aber, wenn eine Diskussion in Gang kam, den Haden nicht lange.

Oft hätte sie gern gewußt, was er in seinem Sinne barg, brachte, um es zu erraten, die Rede auf einen Gegenstand nach dem andern. Aber beständig traf sie dasselbe leblose, schlaffe Lächeln — nie auch nur eine Zurückhaltung, ein Minenspiel, das gezeigt hätte, daß er dem Gegenstand absichtlich auswich. Dennoch fühlte sie, daß gerade diese tiefe Ruhe, dieses halb-bewußte Jögern seiner Haltung Hoheit und Schönheit verlieh — er war fast animalisch, wie ein Wild, das nach der Jagd ruhte.

Nur ein einziges Mal brachte sie ihn dazu, aufzuhorchen: Gudes Name wurde genannt. Langsam wandte er den Kopf, sein Auge bekam auf einmal Bild. Er erhob sich, begann an Deck umherzugehen, ein heiser, bräunlicher Ton färbte sein Antlitz.

Sogleich ging Gerda davon aus, daß er jetzt — wie die meisten wohl glauben mußten — meinte, zwischen ihr und dem Manne, mit dem sie hier an Bord lebte, bestünde ein Bündnis, Kameradschaft — oder wahrscheinlich mehr! Der Gedanke daran, daß diese Vermutung wohl nahe läge, hatte ihr noch nie Unruhe verursacht. Jetzt machte er sie unsicher, fast ängstlich, sie ließ Worte fallen, die zeigen sollten, daß die Bekanntheit zwischen ihr und dem andern nur eine kurze, zufällige und recht lose wäre.

Doch zu ihrer Verwunderung sah sie Start's Gesicht nicht heller werden, wie sie gedacht hatte; eher schien er enttäuscht und zugleich ungläubig.

Und nun ließ er nicht von dem Thema. Lange sprach er von seinem Schwager; nicht daß er selbst erzählte, er hielt sie nur bei dem Gegenstand fest, schien angeeifert, fast erregt, ungeduldig, wenn sie schwieg.

Und in plötzlicher, ungezügelter Laune begann sie von den kurzen Stunden ihres Beisammenseins mit dem anderen Manne an Bord zu erzählen, von den Abenden, da sie hier zusammengesessen, dem Wehen des Windes gelauscht und die ein- und auslaufenden Schiffe betrachtet hatten. Alles, was er damals gesagt hatte, gab sie Wort für Wort wieder, selbst von der Erinnerung an jene Stunden erfüllt, heiß vom Erzählen, war es ihr, als befreite sie ihr Herz von einer Bürde, die sie wochenlang getragen hatte. Sie kroch auf ihrem Stuhl zusammen und zog die Füße unter den Rock, wie sie zu tun pflegte, wenn sie Gude von sich erzählte. Vieles dachte sie sich aus, erzählte Dinge, die sie nur geträumt hatte — sie fabulierte, wie Gude diesen ihren Hauch, alles in Phantasien zu kleiden, genannt hatte. Und wenn sie seinen Namen formte, wurde ihre Stimme tiefer, dunkler und voller als zuvor, und wie ein Brausen des Blutes in ihren Ohren spürte sie ein leises Zittern durch alle Nerven.

Sie folgte mit scharfer Aufmerksamkeit dem Blick ihres Zuhörers, wenn dieser Name genannt wurde. Sie sah, wie seine Pupillen sich eng zu harten, blanken Punkten zusammenzogen. Er lauschte angespannt, aber sie wußte nicht, ob er eiferfüchtige Qualen litt, oder ob er gerade die Schwärmererei genoh, in der sie selber Vinderung fand.

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater Schauspielhaus Sommerzeit, 8 Uhr.

Die Freier Lustspiel mit Musik

Deutsches Th. 7 1/2 Uhr: Schneider Wibbel

Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Die Luxusfrau

Gr. Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Die Frühlingsfee

Berliner Theater 7.30 Uhr: Mädi

Deutsch. Opernhaus Abends 7 1/2 Uhr: Der Günstling der Zarin

Theater d. Westens (Große Volksoper) 8 Uhr: Drei Mäderl aus Intimes Theater

8 Uhr: Diplom im Dienst 8 Uhr: Die Schöne der Frauen

Metropol-Theater 8 Uhr: Die Schöne der Frauen

Neues Theat. a. Zoo Täglich 8 Uhr: Der Leibkutscher

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

Vater u. Sohn Schiller-Th. Charl. 8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

8 Uhr: Die Schöne der Frauen

Die 2 Gilbert-Operetten-Schlager Komische Oper Täglich 8 Uhr Neues Operettentheater

Der Gauklerkönig Katja, die Tänzerin

UFA-PALAST ZOO Seit 5 Wochen Der Griffith-Großfilm ZWEI WAISEN im Sturm der Zeit

LUNA PARK Ab 3 Uhr voller Betrieb Täglich Schiffschuhläufe

Admirals-Varieté Berlin 8.00 bestes Programm

Rennen zu Hoppegarten Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 3 Uhr

Säcke aller Art, auch getrocknete, aus Japan, Papiergewebe, etc.

Central-Theater Aufhaben! in der Alten Jakobstraße 30/32

Die Räuber (Traube, Granach, George, Leiko, Twardowski)

ROYAL MAIL LINE Die Königl. Englische Postdampfer-Linie

HAMBURG - NEW YORK Regelmäßig beschleunigter Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst

BRASILIEN - LA PLATA von Southampton und Cherbourg

ROYAL MAIL LINE G. M. b. H. HAMBURG BERLIN

Brasch & Rothenstein, Berlin

Frauenhaare Wir kaufen auch kleine Posten ausgekämmte einwandfreie Ware, und zahlen heute

M. 210 000 für das kg

Brillanten Zahngebisse Platin, Gold-, Silber-Druck Juwelen

H. Schneider & Sohn

Frauenhaar höchster Tagespreis

F. R. Müller, I. Etage, an der Kaiserstraße

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Ankerpunkt vorzüglich. Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

NÖRDEUTSCHER LLOYD BREMEN

In Berlin W. 8: Norddeutscher Lloyd, Kaffienbureau Berlin, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).



HAMBURG - AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen.

Eisenbahnfahrkarten zu Schaberpreisen

Schlafwagenplätze

Reisegepäckversicherung

Luftverkehr

Auskünfte und Druckarbeiten durch HAMBURG-AMERIKA LINIE

Frauenhaar

Telephonisch zu erfragen Kgst. 3607

F. R. Müller, I. Etage, an der Kaiserstraße

Ständiges Lager von über 150 Stunduhren

In allen Holz- und Stillarten Schritt. Garantie Büro- u. Ladenuhren Wand- u. Küchenuhren Stopp- u. Autouhren

Karl Wutke Uhrmachereimater

36 Valentinstr. 16 Ecke Gartenstraße (Stett. Bkt.) Gegr. 1900

HOSEN weit unter Engrospreis!

Sportbreeches in Gahardine, Homespunne, in Verarbeitung, tadelloser Sitz

Geschlechtskranke!

besitzt Dr. Dammanns Heilanstalten Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden, der Gonorrhoe nach

Schnellkur Bettstellen

Einem Bettfabrik Suhl (Thüringen)

40 Herrenzimmer!

alle Stillarten, darunter hervorragende Künstler-Einwürfe, gelangen noch zu sehr günstigen Preisen zum Einzelverkauf an Private.

Norddeutscher Möbelvertrieb

Nur Süden, Oranienstr. 155-156 am Marktplatz, Nähe Hochbahn Prinzstraße.

Qualitätsware

Anzüge 1475

gut, modern, gerad, in Stoffe u. besten bis zum billigsten, u.

Gummi-Mäntel

Mäntel 875

Damen-Mäntel

Hosen 575

Fleckenwäscher

Wilmsdorfer Str. 127/Boxhagener Str. 47 am Hof, Charlottenbg., Ecke Schillerstr., am Bahnhof Stralau-Rummelsburg

Kottbuser Str. 4 am Kottbuser Tor

Badstr. 16 vom 2. August 1923 ab

Fahrgeldvergütung!

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Trauringe

1 Ring Dukatengold v. M. 150000 an 1 Ring 385 gestempelt v. M. 100000 an 1 Ring 333 gestempelt v. M. 300000 an

H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30 Berlin W, Passauer Str. 12

Bekanntmachung.

Die überfällige Entlohnung der Kart hat beinahe von Woche zu Woche stark

Ständiges Lager

von über 150 Stunduhren in allen Holz- und Stillarten Schritt. Garantie Büro- u. Ladenuhren

Karl Wutke

Uhrmachereimater 36 Valentinstr. 16 Ecke Gartenstraße (Stett. Bkt.) Gegr. 1900

HOSEN

weit unter Engrospreis! Sportbreeches in Gahardine, Homespunne, in Verarbeitung, tadelloser Sitz

Geschlechtskranke!

besitzt Dr. Dammanns Heilanstalten Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden, der Gonorrhoe nach

Schnellkur Bettstellen

Einem Bettfabrik Suhl (Thüringen)

40 Herrenzimmer!

alle Stillarten, darunter hervorragende Künstler-Einwürfe, gelangen noch zu sehr günstigen Preisen zum Einzelverkauf an Private.

Norddeutscher Möbelvertrieb

Nur Süden, Oranienstr. 155-156 am Marktplatz, Nähe Hochbahn Prinzstraße.

Qualitätsware

Anzüge 1475

gut, modern, gerad, in Stoffe u. besten bis zum billigsten, u.

Gummi-Mäntel

Mäntel 875

Damen-Mäntel

Hosen 575

Fleckenwäscher

Wilmsdorfer Str. 127/Boxhagener Str. 47 am Hof, Charlottenbg., Ecke Schillerstr., am Bahnhof Stralau-Rummelsburg

Kottbuser Str. 4 am Kottbuser Tor

Badstr. 16 vom 2. August 1923 ab

Fahrgeldvergütung!

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Trauringe

1 Ring Dukatengold v. M. 150000 an 1 Ring 385 gestempelt v. M. 100000 an 1 Ring 333 gestempelt v. M. 300000 an

H. Wiese, Juwelier Berlin N, Artilleriestr. 30 Berlin W, Passauer Str. 12

Achtung! Betriebsräte des graphischen Gewerbes!

Am Montag, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Unter den Linden 13, eine Sitzung des Gruppenrats gemeinsam mit den gesamten Betriebsräten statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungssitz Berlin N 54, Linienstraße 13/15 Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 833 bis 836 und 650 bis 656.

Achtung! Nordbezirke Achtung!

Montag, den 30. Juli, nachm. 5 Uhr, im Restaurant Gärtners Straße 3

Branchenversammlung

ber die Fellenarbeiter. Tagesordnung: 1. Bericht des Branchenkomitees, 2. Entlohnung des im August des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Hauptgruppe V (Metallindustrie)

Montag, den 30. Juli, nachm. 8 Uhr, im Verbandsbüro (Südinghof), Unter den Linden 13/15

Sitzung

der gesamten Gruppenleitung der Untergruppen 14 bis 18.

Achtung! Anzige

Montag, den 30. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, im "Wegenerhaus", Unter den Linden 13/15

Vollversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht von den Lohnverhandlungen, 2. Diskussion, 3. Schlusswort

Metalldarbeiter

Montag, den 30. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Hotel am Canal, Ostlicher Straße 126

Vollversammlung

der Vertrauensleute aus den Betrieben des Verbandes der Metallarbeiterinnen und der Metallarbeiterinnen.

Zusammenkunft

der Delegierten zur Betriebsräte-Generalsammlung.

Gold- u. Silberarbeiter

Dienstag, den 31. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, im "Dresdener Garten", Dresdener Straße 13

Vollversammlung

aller in der Gold- und Silberwareindustrie Beschäftigten. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Betriebsräte, Referent: Rolf, Max Urich, 2. Bericht von den Lohnverhandlungen für die Silberwareindustrie.

Branchenversammlung

der Eisenkonstruktion, Radfabrik und Signalbetriebe. Tagesordnung: 1. Vortrag: Betriebsräte, Referent: Rolf, Max Urich, 2. Diskussion, 3. Gruppenangelegenheiten.

Vollversammlung

der Uhrmacher und Schmiedeleute. Tagesordnung: 1. Vortrag: Betriebsräte, Referent: Rolf, Max Urich, 2. Diskussion, 3. Gruppenangelegenheiten.

Öffentliche Bekanntmachung.

betreffend Vergütungsschlüsse für zurückgehaltene Lohnabzüge. Arbeitgeber (einschl. Betriebs- und Gewerkschaften), denen nach § 48 der Durchführungsverordnungen zum Gesetz über die Einmündelung von Arbeitern oder nach der Bekanntmachung vom 2. Januar 1923 (Rechtsblatt für das Deutsche Reich S. 19) gestattet ist, die einbehaltenen Lohnabzüge in der oder durch Überweisung bei der zuständigen Finanzbehörde einzubringen, sind die einbehaltenen Lohnabzüge nicht vollständig bis zum Schluss des auf die Lohnzahlung folgenden Monats an die zuständige Finanzbehörde abzuführen oder abgeführt haben, haben auf Grund des Artikels 11 § 1 des Arbeitsvertragsgesetzes vom 20. März 1923 (Rechtsblatt für das Deutsche Reich S. 19), sofern der Rückstand 10 000 RM übersteigt, für jeden angefallenen weiteren Kalendermonat einen Vergütungsschlag von 10 v. H. des Rückstandes und, falls die Zahlung länger als 3 Monate im Rückstandes bleibt, 30 v. H. des Rückstandes zu zahlen. Berlin, den 25. Juli 1923. Landesfinanzamt Groß-Berlin, Abteilung für Besch. u. Betriebsverh.

Die

Wöllersdorfer Werke

A.-G.

beabsichtigt, an großindustriellen Unternehmungen, welche sich im Inlande vergrößern, oder aus dem Auslande hierher zu übersiedeln gedenken, Interesse zu nehmen und stellt zu diesem Zweck Teile ihrer Werksanlage in Wöllersdorf zur Verfügung.

Der ausgedehnte Besitz der Wöllersdorfer Anlage umfaßt unter anderem:

Fabriksräumlichkeiten und Werkstätten

bis zu den größten Ausmaßen,

Dampf- und Wasserkraftanlagen

mit einer Gesamtleistung von über 10.000 PS, alle erforderlichen Beleuchtungs-, Beheizungs-, Wasserlieferungs- und Feuerlöscheinrichtungen, Hilfsmaschinen aller Art sind im größten Umfange und für die verschiedenartigsten Industriezweige geeignet, zur Verfügung; aus umfangreichen Rohmaterialvorräten können die erforderlichen Roh- und Hilfsstoffe prompt beigestellt werden; ein mit den modernsten Einrichtungen ausgestattetes chemisches Laboratorium ermöglicht die Anfertigung auch der kompliziertesten Analyse, eigene Druckerei, lithographische Anstalt und photographisches Atelier; gut eingerichtete Konstruktionsbureaus sind zur Verfügung. Sämtliche Werksanlagen sind untereinander und mit der Station Feuerwerksanstalt der Eisenbahn Wien-Aspang durch Industrie- und Rollbahngeleise verbunden; es sind eigene Werkslokomotiven, sowie ein bedeutender Wagenpark vorhanden. Entsprechende Räume zu Bureauzwecken im Werk und eventuell für eine Zentrale in Wien können zur Verfügung gestellt werden; ebenso können Unterkunfts- räume für Betriebsangestellte freigemacht werden.

Die Anlagen erscheinen für nachstehende Industrien besonders geeignet:

Eisen- und Metallgießerei

Metall-Halb- und Ganzfabrikate

Waggon- und Lokomotivreparatur

Werkzeuge und Werkzeugmaschinen

Landwirtschaftliche Maschinen

Glas- und keramische Industrie

Spiralfedern etc.

Textilwaren

Elektrotechnische Artikel jeder Art

Holzwaren- einschl. Möbel-, Kisten-,

Bau- und Modelltischlerei.

Interessenten, welche die Garantie dafür bieten können, die Einrichtung derartiger oder ähnlicher Erzeugungen auf großindustrieller Basis durchzuführen, werden gebeten, ihre Anträge an die

Generaldirektion der **Wöllersdorfer Werke A.-G., Wien, I.**

Drahtanschrift: „Wöllersdorfer Wien“

Schwarzenbergplatz 3

oder an die Direktion der Metallum Aktiengesellschaft, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 29, ehestens gelangen zu lassen.

Drahtanschrift: „Ironmetal Berlin“.

